An den
Vorsitzenden des Sozialausschusses

Hans Günter Focken

Beratungsvorlage

zu TOP 5 der Sitzung des Sozialausschusses am 19. November 2009

Satzung über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch die beigefügte Satzung über die Wahrnehmung der Belange von Menschen mit Behinderung zu beschließen; des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, dem Ausschuss eine geeignete Person für die ehrenamtliche Wahrnehmung der Aufgaben als Behindertenbeauftragte/n zu benennen.

Begründung:

Im Jahre 1994 wurde das Grundgesetz Artikel 3 Abs. 3 um den Zusatz erweitert: Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Durch das Bundesgesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen vom 27.4.2002 (BGG) und das Behindertengleichstellungsgesetz NRW vom 16.12.2003 (BGG NRW) sowie die hierzu gehörenden Verordnungen haben Bundes- und Landesgesetzgeber dieses Verfassungsgebot als Auftrag an ihre Dienststellen und Einrichtungen konkretisiert. Individuelle Rechtsansprüche sind hier jedoch nicht ableitbar.

Mit der Ergänzung des Grundgesetzes und den hierdurch veranlassten Behindertengleichstellungsgesetzen des Bundes und des Landes NRW soll erreicht werden, dass behinderte Menschen nicht mehr nur Ziel der öffentlichen Fürsorge sind, sondern ihre gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gewährleistet wird, bestehende Hindernisse beseitigt und eine selbstbestimmte Lebensführung generell unterstützt werden. Gefordert wird ein Lebensumfeld, in dem alle Menschen, egal ob behindert oder nicht, die gleiche Teilhabe besitzen.

Im Dezember 2006 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Behindertenrechtskonvention – BRK). Ende 2008 wurde das Gesetz zur Ratifikation des „Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ von Bundestag und Bundesrat verabschiedet, so dass die Behindertenrechtskonvention am 26. März 2009 für Deutschland in Kraft treten konnte.

Die UN-Konvention setzt neue Maßstäbe für die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen. Inklusion ist mehr als Integration. Inklusion bedeutet, Menschen mit Behinderungen von Anfang an in allen Lebensbereichen einzubeziehen.

Nach dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zählen zu den Menschen mit Behinderungen die Personen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren wie unzugänglicher Verkehrsmittel, fehlender Gebärdensprachdolmetschung, zwangsweiser Sonderbeschulung oder Websites, die für blinde Menschen nicht wahrnehmbar sind an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können (soziales Modell von Behinderung).

In den meisten Staaten hingegen herrscht traditionell das medizinische Modell von Behinderung vor, demzufolge Behinderung unter einem medizinischen Blickwinkel als ein individuelles Defizit betrachtet wird, das für die mangelnde Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen verantwortlich ist.

Unter einem menschenrechtsorientierten Blickwinkel entsteht „Behinderung aus der Wechselwirkung zwischen Menschen mit Beeinträchtigungen und einstellungs- und umweltbedingten Barrieren“ (BRK Präambel, e). Nach diesem Ansatz geht es nicht mehr um Fürsorge oder Rehabilitation behinderter Menschen, sondern um ihre gleichberechtigte, selbstbestimmte Teilhabe.

Inzwischen ist die Behindertenrechtskonvention in Deutschland geltendes Recht. Bund und Länder haben sich damit (nach Artikel 4 BRK) verpflichtet,

- die Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen sicherzustellen;
- Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen zu verhindern;
- geeignete Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und sonstige Maßnahmen zu treffen,

damit die Vorgaben der Konvention realisiert werden.

Künftige Programme/Initiativen, die im Rahmen der Behindertenpolitik auch in Meerbusch auf regionaler und kommunaler Ebene entworfen und durchgeführt werden, müssen sich an ihr orientieren.

Dabei gilt es insbesondere einen Beitrag zur Bewusstseinsänderung im Sinne von Art. 8 der Konvention zu leisten. Diese Vorschrift verlangt, Vorurteile über Behinderte zu bekämpfen und allgemein eine gesellschaftliche Veränderung über das Bewusstsein über Behinderte herbeizuführen.

Vor diesem Hintergrund ist es unser gemeinsamer Auftrag die „Satzung über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung in der Stadt Meerbusch“ mit Leben zu füllen.

Um dies zu erreichen und die in den Behindertengleichstellungsgesetzen aufgezeigten Rechte auf örtlicher Ebene zu wahren sieht § 13 des BGG NRW vor, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände durch Satzung „Näheres“ bestimmen können. Von dieser Möglichkeit haben Gemeinden teilweise Gebrauch gemacht; im Kreisgebiet sind dies u.a. Die Städte Neuss, Grevenbroich, Düsseldorf und Korschenbroich.

Der Sozialausschuss hat die Verwaltung in seiner Sitzung am 9. September 2009 einstimmig beauftragt, auch für die Stadt Meerbusch einen entsprechenden Satzungsentwurf zu erarbeiten. Ein solcher Entwurf ist beigefügt und sieht u.a. auch die Bestellung eines/einer ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten vor. Soweit der Rat dem Beschlussentwurf folgt, muss eine geeignete Persönlichkeit gefunden werden, die die in der Satzung beschriebenen Aufgaben wahrnimmt.

Lösung:

Verwaltungsseitig wird mit dem als Anlage beigefügten Satzungsentwurf vorgeschlagen einen/eine ehrenamtliche Behindertenbeauftragte/n zu bestellen der/die die Möglichkeit erhält seine/ihre Tätigkeit in behindertengerechten Räumlichkeiten und mit Sachmitteln der Stadt Meerbusch auszuüben.

Kosten/Deckung:

Aufwandsentschädigung für den/die Behindertenbeauftragte/n und Sachmittelkosten.

2.500 € analog der Aufwandsentschädigung und Sachmittelausstattung für den Seniorenbeauftragten (1.840,68 € in mtl. Raten / 659,32 € nach Bedarf zur sonstigen Verfügung).

Mittel müssen im Haushalt 2010 bereitgestellt werden.

Personalaufwand:

In Vertretung

Angelika Mielke-Westerlage
Erste Beigeordnete